

Von der Volkserhebung zum Mauerbau

Reaktionen von Hochschulangehörigen auf die Ereignisse in der DDR in den Jahren 1953, 1956 und 1961

Die Zeitgenossen haben das Jahr 1945 als eine „Stunde null“ empfunden, eine wirkliche „Stunde null“ hat es aber nicht gegeben. Die globale Systemauseinandersetzung führte in Deutschland schnell zu unterschiedlichsten Kontinuitäten in den einzelnen Besatzungszonen. Kontinuitätsbrüche standen neben Kontinuitätslinien. Eine Grundfrage war dabei der Umgang mit den alten Eliten und Funktionsträgern. Dieses Problem verschärfte sich in der SBZ noch dadurch, dass von Anfang an die sowjetische Besatzungsmacht und ihre deutschen Helfer strategisch und taktisch darauf orientiert waren, ein neues Gesellschaftsmodell zu errichten, das an die Sowjetunion angelehnt und den politischen Folgerungen aus der marxistisch-leninistischen Dogmenlehre verpflichtet war. Dieses als mittelfristig in den Blick genommene Ziel implizierte eine soziale und politische Revolutionierung der Gesellschaft. Dazu zählten die Ausbildung und Heranbildung neuer Führungskräfte für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Allgemein gingen die Kommunisten nach 1945 davon aus, dass die Intelligenz als „soziale Schicht“ bislang in der deutschen Geschichte den Interessen des Kapitals und der kapitalistischen Herrschaftselite verpflichtet gewesen wäre, sodass sie für die neuen Aufgaben – entsprechend den sowjetischen Erfahrungen – nur bedingt brauchbar sei. Deshalb käme es darauf an, Mittel und Wege zu finden, um einerseits eine neue Intelligenz zu rekrutieren und andererseits die alte Intelligenz, wenn möglich, „zu nutzen“ oder, wenn nicht möglich, auszuschalten. Das Hauptziel bestand darin, eine „sozialistische Intelligenz“ heranzubilden. Etwa fünfzehn Jahre später, ein für die soziale und politische Revolutionierung einer ganzen Gesellschaft kurzer Zeitraum, waren sich die herrschenden Kommunisten in der DDR weitgehend einig, dass die „sozialistische“ Intelligenz in der DDR überwiege und nur noch Rudimente der alten Intelligenz existierten¹.

Um dieses Ziel zu erreichen, reformierten die Kommunisten in der SBZ/DDR das gesamte Hochschulwesen einschneidend. Dazu zählten u. a. die Nutzbarmachung der Entnazifizierung für eine

weiter gehende Säuberung des Lehrkörpers; die Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen des Hochschulwesens; die Gründung neuer Hochschulen (Ideologie-„Hochschulen“, Spezialhochschulen), die Implementierung neuer Struktureinheiten an den bestehenden Universitäten (Arbeiter- und Bauern-Fakultäten [ABF], Gesellschaftswissenschaftliche und Pädagogische Fakultäten); die Veränderung des gesamten Studienablaufs und die Einführung obligatorischer Politschulungen (gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium, Russisch-Unterricht); die Schließung von nichtgenehmen oder -erforderlichen Instituten und die Neueröffnung als notwendig erachteter Institute; die Etablierung der SED als Machtzentrum an den Universitäten und Hochschulen. Daneben wurden die Zulassungsbedingungen für Studierende entscheidend verändert, um vor allem Männer und Frauen aus bisher benachteiligten sozialen Schichten zuzulassen. Dies gelang allerdings nur in den Jahren bis etwa Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre, ehe dann wieder eine Selbstrekrutierung der Intelligenz einsetzte. Ebenso gelang es nicht, die Geschlechterzusammensetzung innerhalb der Studentenschaft oder gar in der Hochschullehrerschaft zu verändern.

Ihre Hochschulpolitik und ihre gesellschaftspolitischen Ziele versuchte die SED mittels „Zuckerbrot“ und „Peitsche“ durchzusetzen. Die Intelligenz in der DDR einschließlich der Studenten konnte eine gravierende soziale Besserstellung gegenüber den anderen Bevölkerungsteilen nutzen. Die Gehälter, die teilweise ins Exorbitante stiegen, die Sozialleistungen, die Wohn- und allgemeinen Lebensverhältnisse und die Urlaubsmöglichkeiten versüßten der Intelligenz bis zum Mauerbau das Leben in der DDR. Zugleich sollte sie dadurch kompromittiert und zum Dienen am Kommunismus ermuntert werden. Um dies zu erzielen, wurde zugleich der gesamte Hochschulalltag einem rigiden Ideologisierungsprozess unterworfen, dessen krasseste Form die Militarisierung der Hochschulen darstellte.

Gegen diese Anmaßungen wehrten sich stets Hochschullehrer und Studenten. Der Protest reichte von gesellschaftlicher Verweigerung über

¹ Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitag des SED vom 10. bis 16. Juli 1958, Berlin 1959, Bd. 1, S. 152.

soziales Aufbegehren bis hin zu tausendfachem politischem Widerstand und gelegentlichen Massenprotesten². Hinzu kam die massenhafte Abwanderung nach Westdeutschland. Allein zwischen 1949 und 1961 flüchteten etwa 15 000 Studenten, 2 500 Hochschullehrer und wissenschaftliche Assistenten, 40 000 Lehrer, 6 000 Ärzte, Zahnärzte und Veterinäre und mehrere zehntausend andere Angehörige der Intelligenz, zumeist der technischen Intelligenz, aus der DDR. Außerdem verließen etwa fünf bis zehn Prozent der Abiturienten eines jeweiligen Jahrganges die DDR.

War es der SED aber nun ungeachtet der politischen, strukturellen und personellen Veränderungen gelungen, die Hochschulen auch von innen zu erobern? Wie verhielt sich die Masse der Studierenden und der Hochschullehrer gegenüber dem SED-Staat? Um auf diese Fragen Antworten geben zu können, wird im Folgenden das Verhalten der Hochschullehrer und der Studierenden in einigen Krisen des DDR-Kommunismus (1953, 1956, 1961) analysiert. Dieser vergleichenden Betrachtung liegt die Annahme zugrunde, dass sich das Verhalten von sozialen Gruppen in einer Spannungssituation, zumal in einer Diktatur, am ehesten als Indikator und Gradmesser für die Stellung zur Gesellschaft und zum Staat eignet. Ein hohes Maß an Loyalität in einer Krisensituation deutet demzufolge darauf hin, dass die Distanz zum Staat relativ gering ist, während ein Aufbegehren, und sei es nur ein bloßes widerständiges Mittun, mindestens eine innere Distanz offenbart.

Das Jahr 1953

Die Intelligenz und die Studierenden lassen sich nach ihrem Verhalten während der Volkserhebung im Juni 1953 in drei Gruppen einteilen:

1. Gruppe: Sie verhielt sich abwartend, freute sich über die Rechnung, die die Regierung präsentiert bekam, verhielt sich jedoch weitgehend passiv, nahm nur zögerlich an Demonstrationen und Streiks teil. Oftmals ging sie einfach nach Hause. Sie enthielt sich jeglicher politischer Erklärungen. Das war die größte Gruppe.

2. Gruppe: Sie beteiligte sich bewusst politisch an der „gescheiterten Revolution“ und war zum Teil führend in Streikleitungen aktiv. Diese aktive

² Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, Intelligenz in der kommunistischen Diktatur. Hochschulwesen und Intelligenzrekrutierung in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin (i. Dr.).

Rolle ist umso bemerkenswerter, als überall Arbeiter auch gegen die Privilegien der Intelligenz protestierten.

3. Gruppe: Das war die gesellschaftskonforme, die neue Intelligenz, die an eine Inszenierung *der westdeutschen Faschisten und ihrer ostdeutschen Agenten* glaubte. Die Vertreter dieser Gruppe gingen zu Propagandaeinsätzen auf die Straße, unterstützten die Kasernierte Volkspolizei (KVP), betätigten sich als Streikbrecher und versuchten, auf die Demonstrierenden und Streikenden im Sinne der SED-Führung Einfluss auszuüben. Sie war die kleinste Gruppe³.

Nach dem 17. Juni gab es gerade dort scharfe Auseinandersetzungen, wo während der Volkserhebung wenig gegen das SED-Regime unternommen worden war: an den Universitäten und Hochschulen. Die meisten Auseinandersetzungen trugen innerparteilichen Charakter, weil die SED die wichtigste Aufgabe „auf dem Gebiete der weiteren Festigung der Einheit und Geschlossenheit ihrer Reihen“ sah⁴. Die innerparteilichen Debatten nach dem 15. Plenum zogen sich über Monate hin. An allen Universitäten und Hochschulen schloss die SED Genossen aus der Partei aus, verhängte Parteistrafen und entließ kritische Hochschulangehörige. Wie viele Wissenschaftler und Studenten dies betraf, ließ sich bisher nicht genau feststellen, aber zwischen Juni und Dezember 1953 müssen mehrere hundert Personen von den Universitäten und Hochschulen wegen ihres Verhaltens am 17. Juni belangt worden sein, wobei die Mehrzahl von ihnen Parteistrafen erhielt. Einige Tausend Studenten wurden exmatrikuliert. Insgesamt waren die wenigsten der Bestraften ausgesprochene Gegner des Systems.

Am 31. Oktober und 1. November 1953 führte die ZK-Abteilung „Wissenschaft und Hochschulen“ in Leipzig eine Hochschulkonferenz durch. Das Ziel bestand darin, ein vorläufiges Fazit „aus den Lehren des 17. Juni“ für die Universitäten zu ziehen sowie die künftigen Aufgaben „bei der Vorbereitung des IV. Parteitages der SED“, der vom 30. März bis 6. April 1954 stattfinden sollte, zu benennen. Das Hauptreferat hielt Kurt Hager. Er betonte, dass der 17. Juni bewiesen habe, „dass die Mehrheit der Professoren, Studenten, Arbeiter und Angestellten der Akademien, der Universitäten und Hochschulen fest zur DDR steht und die Leistungen der Partei und Regierung für die För-

³ Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk/Armin Mitter/Stefan Woll (Hrsg.), *Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54*, Berlin 1996².

⁴ Walter Ulbricht, *Der Weg zu Frieden, Einheit und Wohlstand*, Berlin 1953, S. 86.

derung der Wissenschaft anerkennt“⁵. Hager räumte allerdings ein, dass es in umfangreichem Maße „negative Erscheinungen“ an den Universitäten gegeben habe, als in der Öffentlichkeit zugegeben worden sei. So hätte es etwa an den Landwirtschaftlichen und Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultäten der Universität Halle „eine Agentengruppe unter den Studenten“ gegeben, „die sich aktiv an den Provokationen beteiligte und inzwischen verurteilt worden ist“⁶. Besonders beschämend war es für Hager, dass die ABF „die stärksten Schwankungen zeigten“⁷. Sogar die „entlarvten Provokateure“ von der Universität Halle seien „fast alle Arbeiter- und Bauernkinder“ gewesen. Kein Feind dürfe unerkannt bleiben, „wie er sich auch tarnen möge . . . Wer das Schwert gegen unseren Arbeiter- und Bauernstaat hebt, wird auch durch das Schwert umkommen“⁸. Alfred Lemnitz, der spätere Volksbildungsminister der DDR und damalige Professor für Politische Ökonomie an der Universität Rostock, forderte, „dass man bei einem Stipendium eine schärfere Auswahl anwenden sollte“⁹. Und der Rektor der Hallischen Universität, der einflussreiche Historiker Leo Stern, freute sich, berichten zu können, „dass das Durchgreifen der zuständigen Staatsorgane wie ein reinigendes Gewitter gewirkt hat“¹⁰.

Das „reinigende Gewitter“ bedeutete für einige Studenten, Assistenten und Professoren Verhaftung, Entlassung bzw. Exmatrikulation. Solche drastischen Strafen waren als abschreckende Maßnahmen gedacht. In der Regel verhielten sich die Studierenden und die Angehörigen der Universitätsintelligenz nicht nur während, sondern auch nach der Volkserhebung abwartend. Die nach der 15. Tagung des ZK der SED initiierten innerparteilichen Auseinandersetzungen waren nötig, um die Macht des SED-Politbüros und die von Walter Ulbricht zu sichern und auszubauen. An der Humboldt-Universität zu Berlin zum Beispiel wurden infolge des 17. Juni sechzig Genossen aus der SED ausgeschlossen, zwölf von der Kandidatenliste gestrichen, je sechzehn erhielten eine strenge Rüge bzw. eine Rüge und fünf eine Verwarnung.

5 Protokoll der Hochschulkonferenz der Abteilung Wissenschaft und Hochschulen beim ZK der SED am 31. Oktober/1. November 1953 in Leipzig, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO B-Arch), DY 30, IV 2/ 904/ 8, Bl. 16.

6 Ebd., Bl. 16. Die Studenten der Agrarwissenschaften Hans-Georg Isermeyer, Gotthardt Pilz und Herbert Prieur erhielten 2,5, 3 bzw. 2 Jahre Gefängnis. Ernst-Adolf Soa, Student der Naturwissenschaften, wurde zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt.

7 Ebd., Bl. 28.

8 Ebd., Bl. 16 – 17.

9 Ebd., Bl. 85.

10 Ebd., Bl. 161.

Das Jahr 1956

Es existierte innerhalb des größten Teils der Intelligenz ein Konsens, den Ernst Bloch kurz nach den Ereignissen vom 17. Juni 1953 formuliert und der SED-Führung kundgetan hatte: „Insgesamt also müsste der Sozialismus mehr als bisher zum Herzen der Menschen sprechen, müsste lebhafter als bisher in ihre Phantasie greifen und viel gründlicher in ihren arbeitenden, arbeitenwollenden Verstand.“¹¹ Diese Aufforderung Blochs war gemessen an der Realität Wunschdenken.

Drei Jahre später, die Machthaber hatten sich von dem Schock von 1953 gerade erholt, stürzte Nikita Chruschtschow Josef Stalin vom Sockel. Der berühmten Geheimrede Chruschtschows vom Februar 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU folgte eine tiefe Krise des Weltkommunismus. Die ohnehin schwache Basis der kommunistischen Parteien in der Bevölkerung Ost- und Ostmitteleuropas einschließlich der DDR schwand unter dem Eindruck der Offenbarungen des XX. Parteitages der KPdSU noch weiter. Vor allem die polnische und die ungarische Bevölkerung nutzten 1956 die Führungskrise in der kommunistischen Weltbewegung und in ihren nationalen Regierungen und erhoben sich gegen die Diktatoren. Die blutige Niederschlagung der ungarischen Revolution im November 1956 durch die sowjetischen Truppen führte vor Augen, dass die Moskauer Kommunisten keine Satelliten kampfflos aus ihrem Machtbereich entließen.

Seit dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 und vor allem seit den Unruhen in Polen und Ungarn im Oktober/November 1956 war es an den Hochschulen und Universitäten in der DDR zu vielfältigen Protesten gegen das SED-Regime und zu Solidaritätskundgebungen für die ungarischen Aufständischen gekommen. In der Logik der herrschenden Kommunisten konnten für diese Unruhen nur ausländische, westliche Mächte verantwortlich sein. So, wie die ungarische Revolution angeblich von „imperialistischen Kreisen“ organisiert worden war, konnten auch die Proteste an den DDR-Hochschulen nach Meinung der SED-Führung nur von westlichen Geheimdiensten inspiriert worden sein. Allerdings bemühten sich die SED und ihr MfS seit Herbst 1956 vergeblich, Beweise dafür zu ermitteln.

Obwohl es in der DDR im Gegensatz zu Ungarn oder Polen auf den Straßen weitgehend ruhig

11 Ernst Bloch, (Erklärung), o. D., ebd., IV 2/ 904/ 426, Bl. 94.

blieb, war die Stimmung im ganzen Land auf einem Tiefpunkt angelangt. Es kam überall zu heftigen Diskussionen, es bildete sich eine innerparteiliche Opposition, der ohnehin bestehende Widerstand gegen die SED verstärkte sich. Die SED-Führung befand sich in einer desolaten Lage. Am meisten bereiteten ihr die Vorgänge und Diskussionen an den Universitäten und Hochschulen Probleme. Diese Institutionen waren von ihr als Kadenschmieden aufgebaut worden. Gerade aber das Jahr 1956 zeigte, dass der Neukonstituierungsprozess noch lange nicht so weit gediehen war, wie sie es sich wünschte.

Vor allem an den ideologisch geprägten Fakultäten riefen nach dem XX. Parteitag häufig Genossen trotzig: „Ich lasse nicht von Stalin!“¹² Die Unsicherheit verstärkte sich nach Ulbrichts Beiträgen im „Neuen Deutschland“, als er verkündete, Stalin sei kein Klassiker des Marxismus-Leninismus. Die eigene Partei hielt Ulbricht vor, er falle von einem Extrem ins andere. Die Diskussionen trugen ganz wesentlich einen innerparteilichen Charakter. Obwohl in dieser Phase der aufkommende „Revisionismus“ und „Reformismus“ nicht unterschätzt werden dürfen, hatte die SED bis zum Sommer die Diskussionen weitgehend unter Kontrolle. Es gelang ihr zumeist, die Debatten zu kanalisieren. Für Unruhe sorgten Anordnungen, wonach Studenten ohne Einwilligung der Hochschule nicht mehr nach Westdeutschland reisen durften. Es kam daraufhin zu Kundgebungen (Dresden) und Unterschriftensammlungen.

Die Verunsicherung selbst hochrangiger Funktionäre wie Otto Grotewohl zeigte sich in einer Diskussionsrunde Ende April 1956 in der Humboldt-Universität zu Berlin. Der Ministerpräsident sprach unter anderem davon, dass „wir als Sozialdemokraten“ uns darüber im Klaren sein müssten, dass es das Recht der Sowjetmacht gewesen war, innere und äußere Feinde niederzuschlagen¹³. Warum sich Grotewohl ausgerechnet in dieser Situation daran erinnerte, einmal Sozialdemokrat gewesen zu sein, und zudem suggerierte, „wir“, also die SED, seien „Sozialdemokraten“, gehört zu den pikanten Rückversicherungsstrategien der Geschichte. Die SED atmete auf, als im Juli die Semesterferien begannen und die meisten Studenten ins Praktikum fuhren.

In den Semesterferien beruhigte sich die Lage an den Hochschulen nur scheinbar. Das war weder

der SED- noch der MfS-Führung verborgen geblieben. Nach Beginn des neuen Studienjahres spitzte sich die Situation an den Universitäten rapide zu. Eine MfS-Information vom 28. Oktober 1956 fasste präzise zusammen: „Aus fast allen deutschen (sic!) Hochschulen zeigen sich Versuche der Studenten – teilweise unterstützt durch Professoren –, die Auseinandersetzungen in den Volksrepubliken Polen und Ungarn für Forderungen an die Führung der SED und an den Staat auszunutzen. In Versammlungen, Diskussionen und vereinzelt auch in Resolutionen und Schreiben wird – oft im Einverständnis mit den FDJ-Leitungen – verlangt: ‚Änderung im Hochschulbetrieb, nämlich vor allem Gründung einer unabhängigen Studentenorganisation, Auflösung der FDJ-Hochschulgruppen, Abschaffung des obligatorischen gesellschaftlichen Grundstudiums und des Unterrichts in der russischen Sprache.‘ Heftige Angriffe richten sich besonders gegen die Berichterstattung der demokratischen Presse und die Beschlagnahme der ‚BZ am Abend‘ mit der Gomułka-Rede. Die Mehrzahl der Studenten – auch die Mitglieder der SED – orientiert sich nach der Westpresse und vor allem nach den Meldungen des RIAS. Die Hochschulleitungen der SED und FDJ sind nur selten in der Lage, der feindlichen Argumentation entgegenzuwirken. Wie nach dem XX. Parteitag der KPdSU verstärken sich die Äußerungen gegen das Führungskollektiv der SED, besonders gegen W. Ulbricht, dessen Rücktritt wiederholt gefordert wird. Im Zusammenhang berichtet, richten sich diese Strömungen gegen die führende Rolle der SED und den Aufbau des Sozialismus in der DDR, was besonders durch die ‚Unabhängigkeitsbestrebungen‘, die oft versteckt geforderte ‚Meinungs- und Pressefreiheit‘ und vereinzelt durch offene Agitationen gegen die Sowjet-Union und den sozialistischen Aufbau deutlich wird.“¹⁴

Am 23. Oktober 1956 ordnete die ZK-Abteilung Wissenschaft und Propaganda an, dass sie täglich über alle Vorgänge an den Hochschulen und Universitäten unterrichtet werden müsse. Es wurde ein Operativstab gebildet und außerdem eine tägliche Verbindung zu den entsprechenden Abteilungen im MfS aufgebaut. Dieses reagierte am 3. November 1956 mit der Richtlinie „über die Abwehr feindlicher Tätigkeit gegen die Universitäten und Hochschulen“. Darin wurde insbesondere beklagt, dass die bisherige operative Arbeit vollkommen ungenügend gewesen und es dringend vonnöten sei, dass das Netz der Geheimen Informatoren und der Geheimen Hauptinformatoren an den Universitäten ausgebaut werde. Diese

12 SED-Parteileitung, HUB, Informationsbericht über Diskussionen zum XX. Parteitag der KPdSU, 2. März 1956, SAPMO B-Arch, BPA IV 4/ 12/ 052.

13 Forum der jungen Studenten mit unserem Ministerpräsidenten Otto Grotewohl am 27. April 1956, SAPMO B-Arch, DY 30, IV 2/ 904/ 34, Bl. 14.

14 MfS, Information Nr. 285/56. BStU, MfS, Allg. S. 83/59, Bd. 1b, Bl. 206 – 207.

Maßnahmen verhinderten jedoch nicht, dass die Situation an den Hochschulen Ende Oktober/Anfang November 1956 zu eskalieren drohte. In einer MfS-Analyse vom 2. November 1956 heißt es: „So ist auch an den Universitäten der DDR, insbesondere aber in der Humboldt-Universität Berlin zu verzeichnen, dass bestimmte Personen außerhalb der Universität, aber auch Personen in der Universität denken, ihre Zeit sei gekommen, auch hier umstürzlerische Tätigkeiten oder Umtriebe zu entwickeln. Der Gegner versucht hier, bestimmte Forderungen der Studenten für seine Zwecke auszunutzen, auszuweiten, um sie gegen Partei und Regierung zu hetzen.“¹⁵

Spätestens vom 25. Oktober 1956 an kursierten an den Hochschulen Unterschriftenlisten, in die sich jene eintragen sollten, die für die Abschaffung des Russischunterrichtes oder des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums votierten. In den Seminargruppen, in denen solche Listen umgingen, sprachen sich zwischen fünfzig und neunzig Prozent der Studenten für die Abschaffung aus. Das geschah nicht selten in kurzfristig einberufenen Versammlungen, sodass sogar am 31. Oktober 1956 zwei Hundertschaften der Kampfgruppen zusammengezogen wurden, um eventuelle Demonstrationen der Studenten niederknüppeln zu können. In den meisten Fakultäten und Instituten kam es zu Unruhen, Protesten, Forderungen und heftigen Diskussionen, wobei der Oppositionsgeist an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin am deutlichsten ausgeprägt war¹⁶. Walter Ulbricht vermutete mit Blick auf die Vorgänge in Ungarn, dass diese Fakultät der Ausgangspunkt für die „Konterrevolution in der DDR“ sein sollte¹⁷. Die Hochschullehrer und ihre Studenten erwiesen sich als resistent gegenüber den Versuchen der SED, ihre Fakultät in eine sozialistische Hochschuleinrichtung umzuwandeln. Insgesamt ging es dabei nur einem Teil um eine Reform des Sozialismus, wobei die Hoffnungen auf einen demokratischen Sozialismus gerichtet waren¹⁸. Ein anderer Teil war dagegen an der

prinzipiellen Überwindung des gesellschaftlichen Systems interessiert und hatte zum Ziel, der SED ihr Machtmonopol zu nehmen, um über freie Wahlen zu einem geeinten Deutschland auf demokratischer Grundlage zu gelangen.

An allen Hochschulen forderten die Studenten die Abschaffung des Russischunterrichtes und des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums, erweiterte Möglichkeiten des Studentenaustausches in Gesamtdeutschland, die Beschneidung der Rechte der FDJ und die Zulassung einer unabhängigen Studentenvertretung. Diese Forderungen brachten die SED-Führung in Handlungsnoté. Professoren wie Robert Havemann, der selbst in die ideologische Schusslinie geraten war, warnten: „Wir dürfen jetzt nichts tun, was den Gegner ermutigt. . . . der Feind gibt keine Ruhe. Wir dürfen die vorhandenen Organisationen nicht auflösen, sondern [müssen] sie stärken.“¹⁹

Die SED-Führung unter Ulbricht war ab Ende November 1956 zum Gegenangriff übergegangen und hatte mit zahlreichen Verhaftungen begonnen, ihre Parteibasis zu disziplinieren. Im Oktober 1957 trafen sich die Mitglieder des SED-Zentralkomitees zu ihrer 33. Tagung, um erneut über das lange stürmische Jahr 1956 „zu beraten“, das an den Universitäten und Hochschulen erst mit der III. Hochschulkonferenz 1958 einen vorläufigen Abschluss fand. Auch die Entmachtung von Karl Schirdewan und Ernst Wollweber, die im Februar 1958 wegen „Fraktionstätigkeit“ aus dem ZK ausgeschlossen wurden, hing eng mit den Vorgängen von 1956 zusammen. Das 33. ZK-Plenum bedeutete einen Höhepunkt in der Auseinandersetzung mit Abweichlern, Revisionisten und Oppositionellen.

Am 26. März 1957 hatte das Politbüro der SED in einer turnusmäßigen Sitzung eine Vorlage der Zentralen Parteikontrollkommission verabschiedet. Dieser Beschluss beauftragte das MfS, eine Analyse über die „konterrevolutionäre Gruppe“ Harich vorzulegen. Diese fast neunzig Seiten umfassende „Analyse“ erhielten die Mitglieder und Kandidaten des ZK der SED ein halbes Jahr später in Vorbereitung der 33. ZK-Tagung, die vom 16. bis 18. Oktober 1957 stattfand. Das Dokument belegt eindrucksvoll die „ideologische Divergenz“ kritischer Intelligenzler 1956/57. Zugleich zeigt es, wie schnell Personen für geringfügige Vergehen oder Abweichungen geächtet oder verfolgt werden konnten. Schließlich wird deutlich, dass Wolfgang Harich und Walter Janka, ihre

15 MfS, Analyse vom 2. November 1956. Ebd., Bestand Mielke, 297. Das Original trägt irrtümlicherweise das Datum 2. Oktober 1956.

16 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, Die Niederschlagung der Opposition an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin in der Krise 1956/57, Berlin 2000².

17 Überarbeitetes Protokoll des 33. Plenums des ZK der SED vom 16. bis 19. Oktober 1957, SAPMO B-Arch, DY 30, IV 2/ 1/ 187, Bl. 97.

18 Vgl. Gerhard A. Ritter, Weder Revolution noch Reform. Die DDR im Krisenjahr 1956 und die Intellektuellen, in: Wolter von Kieseritzky/Klaus-Peter Sick (Hrsg.), Demokratie in Deutschland. Chancen und Gefährdungen im 19. und 20. Jahrhundert. Historische Essays, München 1999, S. 335 – 362.

19 Protokoll über die Aussprache mit Genossen Professoren der Humboldt-Universität am 7. November 1956, 14.00 Uhr, SAPMO B-Arch, DY 30, IV 2/ 904/ 28, Bl. 4 – 5.

Aktivitäten und ihre Verfolgung, 1956/57 tatsächlich nur die Spitze eines großen Eisberges bildeten²⁰.

Anders als noch im Sommer 1953 gingen die Unruhen 1956/57 nicht nur vorrangig von Hochschullehrern und Studenten aus, sondern zudem noch von solchen Hochschulangehörigen, die entweder Mitglieder der SED waren oder aber kommunistischen Ideen nahe standen. Im Kern ging es um Versuche, die DDR zu demokratisieren, allgemeinen Menschenrechten zur Anerkennung zu verhelfen, letztlich die DDR so zu reformieren, dass sie zu einer Wiedervereinigung Deutschlands auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage fähig sein würde, ohne dass dies einem bloßen Anschluss an Westdeutschland gleichkäme. Allerdings blieb es zumeist bei Debatten um einen solchen „dritten Weg“. Nur in Ausnahmefällen äußerte sich an den Hochschulen konspirativer Widerstand. Ein typisches Beispiel ist von der Technischen Hochschule für Chemie in Halle-Merseburg überliefert, wo vier Studenten Flugblätter herstellten und verbreiteten. Im Dezember 1956 erfolgte ihre Verhaftung und im März 1957 die Verurteilung zu Zuchthausstrafen zwischen zehn Monaten und drei Jahren.

In einer älteren Arbeit ist einmal die These vertreten worden, dass der 17. Juni 1953 den „17. Juni der Intelligenz“ von 1956/57 eingeleitet habe²¹. Dies ist aus zwei Gründen eine überzogene Argumentation: Einmal waren die Ereignisse von 1956/57 mit der Volkserhebung insofern nicht zu vergleichen, als öffentliche Demonstrationen, massenhafte Streikbewegungen, Erstürmungen von MfS- und SED-Zentralen und eine das gesamte Volk erfassende Bewegung gegen das System ausblieben. Es kam auch nicht zu Gewaltakten. Insgesamt spielten sich die Vorgänge von 1956/57 weitgehend hinter verschlossenen Türen ab. Es kam zu keiner die sozialen Grenzen überschreitenden Solidarisierungswelle. Die Unruhen in den Universitäten sind nur in Ausnahmefällen – wie in Berlin Anfang November 1956 – nach außen getragen worden. Zum anderen probten die Intelligenz und die Studentenschaft nicht den Aufstand wie das Volk im Juni 1953, sondern beschränkten sich zumeist auf Forderungen, Petitionen und Flugblätter. Es kam zwar zu antikommunistischen Widerstandsaktionen, aber die gab es einerseits auch vor

und nach 1956, und die waren andererseits von der allgemeinen Protesthaltung weitgehend abgekoppelt. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung und bei der Intelligenz stellte kein besonderes Charakteristikum für das Jahr 1956 dar. Die jetzt artikulierten Proteste der Intelligenz und der Studenten waren zwar allgemein gegen Ulbricht und das Regime gerichtet, aber viel seltener als noch 1953 wurde die Systemfrage gestellt. Nur eine Minderheit der Universitätsintelligenz und der Studenten erwies sich als Systemgegner, aber ebenso, und dies ist mindestens genauso wichtig, war nur eine Minderheit aktiv systemtragend.

Das Jahr 1961

Nach dem V. Parteitag der SED im Juli 1958 bemühte sich die SED-Führung, die Auseinandersetzungen um „revisionistische und objektivistische Tendenzen“ zu beenden. Jetzt kam der Entwicklung eines „sozialistischen Bewußtseins“ und dem forcierten „Aufbau des Sozialismus“ im Zusammenhang mit der „nationalen Grundkonzeption“ eine besondere Bedeutung zu. Bis 1961 sollte die DDR die Bundesrepublik „erreichen und übertreffen“. Dazu bedurfte es nicht nur ökonomischer und politischer Anstrengungen, sondern ebenso ideologischer Eingriffe, um ein „neues Bewusstsein“ bei den Menschen herauszubilden. Dieser „neue Mensch“ sollte sich dadurch auszeichnen, dass er den Weisungen der Parteiführung unbedingt Folge leistet und die Wendungen der Politik kritiklos und ohne oppositionelles Aufbegehren mitträgt. Der Mauerbau war nicht nur eine Bewährungsprobe für den „neuen Menschen“, sondern speziell für die Intelligenz.

In seinem Vorfeld verschlechterte sich die Stimmung beinahe stetig. Anfang August 1961 mobilisierte die SED ihre Parteigruppen an den Hochschulen. Ohne dass genau gesagt worden wäre, was geschehen wird, herrschte erhöhte Alarmbereitschaft. Unmittelbar nach dem 13. August war die Lage an den Hochschulen zunächst ruhig – es waren Semesterferien. Da parteiliche Kräfte an den Hochschulen zusammengezogen worden waren, überrascht es auch nicht, dass in den ersten Stimmungsberichten die Zustimmung zu den „Maßnahmen“ überwog. Allerdings ist auch schon in dieser Zeit vielfach die Meinung vertreten worden, der Mauerbau sei einem bevorstehenden Zusammenbruch der DDR zuvorgekommen. Und „wenn die Regierung der DDR Panzer und Bajonette auffährt, dann bestätigt das, wie wenig

20 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, Frost nach dem kurzen Tauwetter: Opposition, Repressalien und Verfolgungen 1956/57 in der DDR. Eine Dokumentation des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung (JHK), (1997), S. 167 – 215.

21 Jürgen Rühle, Der 17. Juni und die Intellektuellen, in: Ilse Spittmann/Karl Wilhelm Fricke (Hrsg.), 17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR, Köln 1988², S. 185.

Freiheit es gibt“²². Aus der Bergakademie Freiberg etwa wurde gemeldet, „bevor solche rigorosen Maßnahmen getroffen werden, hätte man besser den Lebensstandard erhöhen sollen, durch das Abriegeln der Grenzen hat die Regierung der DDR jetzt die Möglichkeit, unsere eigenen Arbeiter zu unterdrücken und auszubeuten“²³. Der Propaganda, wonach sich der Mauerbau gegen die „Rollback-Politik“ des Westens richte, wurde häufig die rhetorische Frage entgegengehalten, „warum die Kampfgruppen mit dem Gewehr nach Osten und mit dem Rücken zum Brandenburger Tor stehen. ‚Sind die Gewehre‘, so fragt man, ‚gegen unsere Bevölkerung gerichtet‘“²⁴?

Die Intelligenz verhielt sich zurückhaltend und abwartend. Zwar waren kaum zustimmende Meinungsäußerungen zu vermelden, aber ebenso hielten sich direkt ablehnende in Grenzen. Vielerorts argwöhnlichen Intelligenzler, dass die sozialen Zugeständnisse nunmehr rückgängig gemacht würden, weil die Gefahr der „Republikflucht“ weitgehend gebannt sei. Außerdem befürchteten viele, dass man nun endgültig vom internationalen Wissenschaftsbetrieb abgeschnitten sei und die Einheit der deutschen Wissenschaft, an die insbesondere im Osten noch viele glaubten, zerbreche. Ausgesprochen feindlich gegenüber der SED trat nur eine kleine Minderheit auf. Dies passte in den Gesamtkontext. Zwar sind bis zum 4. September 1961 insgesamt 6 041 Personen aus allen Bevölkerungskreisen verhaftet und davon 3 108 inhaftiert worden, zumeist wegen Hetze und Staatsverleumdung, aber es kam nicht zu mehr Streiks als in vergleichbaren Zeiträumen der Vorjahre. Obwohl nach dem Mauerbau die größte Verhaftungs- und Verurteilungswelle seit 1953 losbrach, sind die meisten „strafbaren Handlungen“ Aktionen Einzelner gewesen, sodass im Gegensatz zu 1953 die allgemeine Lage relative Entspannung vermittelte. Die Erklärung für die relative Ruhe liegt auf der Hand: Die Bevölkerung hatte seit 1953 lernen müssen, ihre Ablehnung zu verbergen. Zustimmung zu ihrer Politik konnte die SED nicht erwarten, aber eine offene Rebellion brauchte sie angesichts des Waffenmonopols und der sowjetischen Panzer im Lande ebenfalls nicht zu befürchten. Die meisten Intelligenzler verhielten sich nicht anders als Arbeiter und Bauern.

Ab Ende August 1961 begann sich an den Hochschulen die Situation allmählich zu verschärfen. Die Berichterstatter notierten, dass zwar die meis-

ten mit irgendwelchen Maßnahmen gerechnet hatten, aber kaum jemand den Bau einer Mauer mitten durch eine Stadt für möglich gehalten hatte. Immer häufiger artikulierten Hochschullehrer und Studenten, die DDR habe sich ins Unrecht gesetzt: „Man redet von Einheit, aber man zieht Stacheldraht.“²⁵ Ein Institutsdirektor aus Dresden sagte gar: „Wenn ich gewusst hätte, dass die am 13. August solche Maßnahmen ergreifen, wäre ich nie bei den Nazis ins Zuchthaus gegangen und wäre auch nicht in die DDR gekommen.“²⁶ Mit einem Parteiausschluss kam dieser Mann glimpflich davon. Zugleich steigerte sich der Unmut unter den Wissenschaftlern, weil alle bezweifelten, dass die geplante „Störfreimachung“ auch nur den Hauch einer Chance hätte zu gelingen. Ohne westliche Apparaturen, Gerätschaften, Bücher und Fachzeitschriften sei eine „normale“ Wissenschaft nicht mehr möglich.

Der Mauerbau zog an den Universitäten und Hochschulen kurzfristig zwei Konsequenzen nach sich. Zum einen flüchteten Hunderte Universitätsangehörige in den Westen, vom Professor bis zum Studenten und Angestellten. Allein an der Berliner Charité fehlten nach dem 13. August über fünfzig Ärzte, nahezu jeder zehnte der dort beschäftigten Ärzte. Das hing auch damit zusammen, dass gerade in Berlin eine Reihe Mediziner, Natur- und Agrarwissenschaftler noch immer im Westteil der Stadt wohnten. Im unmittelbaren zeitlichen Umfeld des 13. August 1961 flohen mehr Studenten und Wissenschaftler als in den Jahren 1959 oder 1960 insgesamt.

Die zweite kurzfristige Folge der Absperrmaßnahmen waren scharfe Auseinandersetzungen der SED mit einzelnen Personen, die sich kritisch gegenüber der kommunistischen Politik äußerten. An der Humboldt-Universität zu Berlin kam es nach dem 13. August 1961 zu 57 parteiinternen Verfahren. Die eigentlichen Auseinandersetzungen spielten sich jedoch zwischen SED-Leitungen und staatlichen Behörden (Staatssekretariat für Hochschulwesen [SfH], MfS) einerseits und Universitätsmitgliedern, die nicht der SED angehörten, andererseits ab. Es kam an allen Universitäten und Hochschulen zu Relegationen und Exmatrikulationen, allein an der Universität in Leipzig bis zum 22. September 1961 zu insgesamt 54. Die Gründe waren allesamt politischer Natur, weshalb einige der exmatrikulierten Studenten vom MfS verhaftet und verurteilt wurden. Im Zusammenhang mit dem Mauerbau erfolgten 227 Exmatrikulationen, wobei die höchsten Anteile auf Leipzig und Berlin entfielen. Es gab darüber hinaus fast

22 ZK-Abt. Wissenschaften, Informationsbericht über die Stimmung an der Humboldt-Universität zu den Maßnahmen vom 13. August 1961, 16. August 1961, SAPMO B-Arch, DY 30, IV 2/904/54, Bl. 347.

23 Ebd.

24 Ebd., Bl. 345.

25 Information, 31. August 1961. Ebd, Bl. 387.

26 Aktennotiz vom 12. September 1961. BAP, R 3, 6322.

doppelt so viele Disziplinarverfahren. Bis Anfang Januar 1962 sind wegen oppositioneller Handlungen gegen den Mauerbau mindestens 30 Studenten und Studentinnen verhaftet und verurteilt worden. An der Humboldt-Universität betraf das bis zum 11. September 1961 allein mindestens 15 Studierende.

Der wichtigste Anlass für heftige Diskussionen an den Universitäten war neben dem Mauerbau die forcierte Militarisierung und die Einführung der Wehrpflicht. Nach anfänglichem Zögern der Studierenden konnte schon bald gemeldet werden, dass rund neunzig Prozent der Studenten den Wehrdienst in der Nationalen Volksarmee (NVA) ableisten würden. Die Berichtersteller räumten ein, dass die hohen Prozentzahlen „nicht darüber hinwegtäuschen [dürften], dass bei vielen Studenten noch erhebliche Unklarheiten bestehen“²⁷. Vor allem äußerten viele Studenten, dass sie nicht auf ihre „deutschen Brüder und Schwestern“ schießen würden.

1961 gab es im Gegensatz zu 1953 oder 1956/57 kaum graduelle Unterschiede im Verhalten zwischen den einzelnen sozialen Gruppen und Schichten, die Ablehnung des Mauerbaus war allgemeiner Natur. An den Universitäten existierten aus zwei verschiedenen Gründen Unruheherde. Zum einen sollte die studentische Jugend ihre ideologische „Feuertaufe“ bestehen, indem sie sich als „Avantgarde“ an der weiteren Militarisierung der Gesellschaft beteiligte – eine Vorgabe der SED-Führung, die trotz beachtlicher Widerstände weitgehend und schnell umgesetzt wurde. Zum anderen erfolgten eine Reihe politischer Auseinandersetzungen mit Hochschullehrern, die durch den Bau der Mauer ihre wissenschaftliche Arbeit bedroht sahen. Vor allem Naturwissenschaftler, Human- und Veterinärmediziner befürchteten, in Zukunft vom westdeutschen und internationalen Wissenschaftsbetrieb vollends isoliert zu werden. Weil der Mauerbau die Arbeitsbedingungen der Wissenschaftler in einem höheren Maße als die der Arbeiter beeinträchtigte, kam es nach dem 13. August 1961 an den Universitäten teilweise zu schärferen Auseinandersetzungen als in den Betrieben. In Jena etwa flüchtete nach jahrelangen Auseinandersetzungen der angesehene Mathematiker Walter Brödel nach dem Mauerbau in den Westen. An der Universität waren beinahe einhundert Agitatoren eingesetzt, um die Universitätsangehörigen über das „schändliche Treiben“ von Brödel aufzuklären. Dazu kamen Zeitungsartikel, Flugblätter und die obligatori-

schen Stellungnahmen, auch aus Großbetrieben Jenas. Die Historiker der Universität forderten pflichtgemäß, „Prof. Brödel jede Möglichkeit zu entziehen, an unserer Universität weiterhin gegen unsere gemeinsamen Aufgaben und Ziele zu wirken“²⁸.

Zum Ende des Jahres 1961 spitzte sich die Lage an einigen Hochschulen sogar noch zu. Offenbar hatten die Studenten und Hochschullehrer nicht nur den ersten Schock des Mauerbaus überwunden, sondern sich allmählich auch von der Illusion gelöst, dass die Mauer nur eine Angelegenheit von wenigen Wochen darstelle. Ein Unruheherd war abermals die Humboldt-Universität zu Berlin. Im März 1962 schätzte der Sekretär der Parteileitung, Werner Tzschoppe, ein, dass sich „bei grossen Teilen der Intelligenz und bei den Studenten“ die Lage „verhärtet“ habe; „es gibt eine Flut von Provokationen und anderen ernstesten Erscheinungen“²⁹. Wiederum wurde die Veterinärmedizinische Fakultät als das „Sorgenkind“ bezeichnet. Zeitweilig hätten „einige wenige reaktionäre Studenten das Sagen“ gehabt, die aber bereits hätten entfernt werden können³⁰. Unter anderem kursierten im Dezember 1961 mehrere Flugblätter an der Fakultät. Am 12. Dezember etwa wurde ein Flugblatt gefunden, auf dem es hieß, der Staat halte sich nur mit Terror aufrecht. In einem anderen wurde gefordert, sich für gemeinsame Widerstandsaktionen zusammenzuschließen, und es wurden jene Studenten namentlich benannt, die die Flugblätter der SED und dem MfS übergeben hatten. Diese Widerstandsaktionen korrespondierten mit anderen Aktionsformen. So hängten Unbekannte am 12. Februar 1962 im Hauptgebäude der Ostberliner Universität ein Bild von Stalin auf. Außerdem verschickte eine „Illegale Studentenorganisation (ISO)“ mit Hilfe eines Druckbuchstabenkastens hergestellte Briefe, „die sich gegen die Politik unserer Partei und Regierung richten“³¹.

Neben den vereinzelten Protesten und dem mehrheitlichen Schweigen der Intelligenz artikulierte sich aber in weitaus umfangreicherem Maße als 1953 oder 1956/57 offene Zustimmung zum Mauerbau und zur SED-Politik. Dafür existieren Beispiele aus allen Hochschulen, Fakultäten und Instituten. Besonders einhellig äußerten sich die Gesellschaftswissenschaftler, wobei als Beispiel auf die Historiker verwiesen wird. Denn im

28 Ebd., IV 2/ 904/ 583, Bl. 42.

29 Durchführung der Parteiwahlen an der Humboldt Universität Berlin (HUB), 20. März 1962. Ebd., IV 2/ 904/ 70, Bl. 22.

30 Notiz über die Parteiaktivtagung an der HUB am 22. Februar 1962. Ebd., Bl. 51 – 54.

31 Information für Genossen Hager, 13. Februar 1962. Ebd., IV 2/ 904/ 434, Bl. 300.

27 Staatssekretariat für Hochschulwesen (StH), Vertrauliche Kollegiumsvorlage, o. D, SAPMO B-Arch, DY 30, IV 2/ 904/ 431, Bl. 62.

Gegensatz zu den medizinischen, veterinärmedizinischen und naturwissenschaftlichen Fakultäten, an denen „in breitem Umfang Unverständnis für die Maßnahmen vom 13. August“ herrschte³², zählten die Historischen Institute zu den ideologischen Vorposten an den Universitäten. Die Historiker gehörten zu den wichtigsten geistigen Vorkämpfern und den ideologischen Mauern der Mauer. Nach dem Mauerbau bekannte sich ein „weltoffener Historiker“ wie Walter Markov „vorbehaltslos und öffentlich zur Politik von Partei und Regierung“³³. In Berlin warfen die „Genossen Historiker“ die Frage auf: „Warum gibt es bei uns an der Universität keine Kampfgruppe? Es sei notwendig, dass auch wir über einen festen Einsatzstamm verfügen, der notfalls mit Waffen umzugehen versteht.“³⁴ Der „bürgerliche“ Historiker Eduard Winter erteilte den „politischen und ideologischen Dunkelmännern der Vergangenheit, die sich in Westdeutschland wieder die Macht erschlichen haben“ eine Absage³⁵. Nachdem Ernst Blochs Flucht bekannt geworden war, ließ es sich Jürgen Kuczynski nicht nehmen, seine Verachtung in einem offenen Brief niederzuschreiben: „Ein schwedischer Wissenschaftler informierte mich, Sie hätten den Ehrgeiz, mit Ihrem Überlaufen zum Feind den Nobelpreis zu ergattern. Nach dem Nationalpreis unserer Republik, den Sie mit Recht für Leistungen in einem langen Leben auf unserer Seite der Barrikade erhielten, erstreben Sie jetzt den Nobelpreis. Judas erhielt 30 Silberstücke – er verriet nur seinen Lehrer. Sie fordern 300 000 Silberstücke, weil Sie ein ganzes Land verraten hätten. Tatsache jedoch ist: je größer der Verrat, desto minderwertiger der Verräter. Auch denke ich, als Lehrer unseres Volkes auf dem Weg zu Frieden, Freiheit und Wohlstand sind Sie heute mit einer Scheidemünze überbezahlt. Verachtungsvoll . . .“³⁶

Insgesamt nahmen nach 1953 die offenen oppositionellen Aktivitäten ab. Das Jahr 1956 stellte eine Ausnahme dar, wenngleich berücksichtigt werden muss, dass sich diese Opposition mehrheitlich nicht wie 1953 und 1961 gegen das System stellte, son-

dern eher systeminterne Veränderungen anstrebte. Gleichwohl war der Logik des Systems entsprechend die Opposition aus den Reihen der Intelligenz objektiv für das System 1956/57 am gefährlichsten, weil sich in dieser Opposition besonders viele Parteigänger und SED-Mitglieder befanden. Konnte die SED den „bürgerlichen Gegner“ offen und rücksichtslos bekämpfen und verfolgen, so geriet sie bei der Verfolgung von Opponenten aus ihren eigenen Reihen in Argumentationsnöte, die sie durch die Abstrafung einiger führender Funktionäre zu kaschieren suchte. Die Mauer brachte die SED dann jedoch in eine exklusive Lage: Sie brauchte nonkonforme Meinungen nicht mehr zu dulden, der Weg in den Westen war versperrt. Die Bevölkerung und die Intelligenz verstanden das und beugten sich mehrheitlich. Der Trend, dass aus den Reihen der Intelligenz, der Studentenschaft und auch aus der SED selbst heraus immer weniger Opposition betrieben wurde, setzte sich im nächsten Krisenjahr, 1968, fort³⁷.

Doch während 1968 an den Universitäten und Hochschulen immerhin auch Studierende und Hochschullehrer für einen „demokratischen Sozialismus“ eintraten, die Invasion der Warschauer Pakt-Staaten scharf verurteilten und dafür hart bestraft worden sind³⁸ und somit zum Spektrum widerständiger Verhaltensweisen in diesem Krisenjahr zählten, fehlten sie in der finalen Krise 1989 als Akteure fast vollständig. Abgesehen von einzelnen Ausnahmen, die sich in den neuen Verbänden und Vereinigungen engagierten, traten die Universitäten und Hochschulen als soziale Gebilde während der Revolution 1989 nicht in Erscheinung. Sie wurden eher als gegenrevolutionäre Potenziale wahrgenommen, die erst ihre Stimme erhoben, als es um die Verteidigung eigener Privilegien und Besitztümer ging. Spätestens 1989 zeigte sich, dass die SED es vermocht hatte, die Universitäten und Hochschulen – wie Stalin es Ende der zwanziger Jahre gefordert hatte – in kommunistische Festungen zu verwandeln.

32 Karl Marx Universität Leipzig (KMU), SED-Parteileitung, 23. September 1961. Ebd., IV 2/ 904/ 558, Bl. 249.

33 KMU, SED-Parteileitung, 4. September 1961. Ebd., Bl. 208.

34 HUB, SED-Parteileitung, 17. August 1961. Ebd., IV 2/ 904/ 495, Bl. 65 – 66.

35 Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), 9 (1961), S. 1482.

36 Jürgen Kuczynski, Offener Brief an Ernst Bloch, SAPMO B-Arch, DY 30, IV 2/ 904/ 163, Bl. 110 – 111.

37 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, „Wer sich nicht in Gefahr begibt. . .“. Protestaktionen gegen die Intervention in Prag und die Folgen von 1968 für die DDR-Opposition, in: Klaus-Dietmar Henke/Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.), Opposition und Widerstand in der DDR, Köln – Weimar – Wien 1999, S. 257 – 274.

38 Vgl. Rainer Eckert/Mechthild Günther/Stefan Woll, „Klassengegner gelungen einzudringen. . .“ Fallstudie zur Anatomie politischer Verfolgungskampagnen am Beispiel der Sektion Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin in den Jahren 1968 bis 1972, in: JHK, (1993), S. 197 – 225.